

SO HAT DEUTSCHLAND WIRKLICH GEWÄHLT

Wahlergebnisse, die unter den Tisch fallen

von Dieter G. Jürgens

Hand auf's Herz - können Sie auf Anhieb das deutsche Wahlsystem mit Erst-, und Zweitstimme und Überhangmandaten erklären? Und zwar so, dass es auch ein 10-jähriger versteht? Nein? Macht nichts - damit stehen Sie nicht alleine.

Vielleicht halten Sie ja sogar unser Wahlrecht noch immer für demokratisch, selbst wenn das Bundesverfassungsgericht schon längst anders darüber geurteilt hat?

Ein gutes Beispiel liefert das Wahlergebnis der Bundestagswahlen am 22.09.2013.

Was würden Sie sagen, wenn die gültigen Wahlstimmen des **sechstgrößte Bundeslandes** am 22.09.2013 überhaupt nicht berücksichtigt worden wären?

Zählt man alle Zweitstimmen (die für die Parteien) der **FDP und AfD** zusammen, kommt man alleine auf über **4 Millionen Stimmen**. Das sind mehr, als das ganze Bundesland Sachsen an Einwohnern hat (sechsgrößtes Bundesland).

Mehr als 4.000.000 Deutsche, die zur Wahl gegangen sind und ihre gültige Stimme abgegeben haben, werden **wegen der Fünf-Prozent-Hürde keine politische Vertretung** im Bundestag haben.

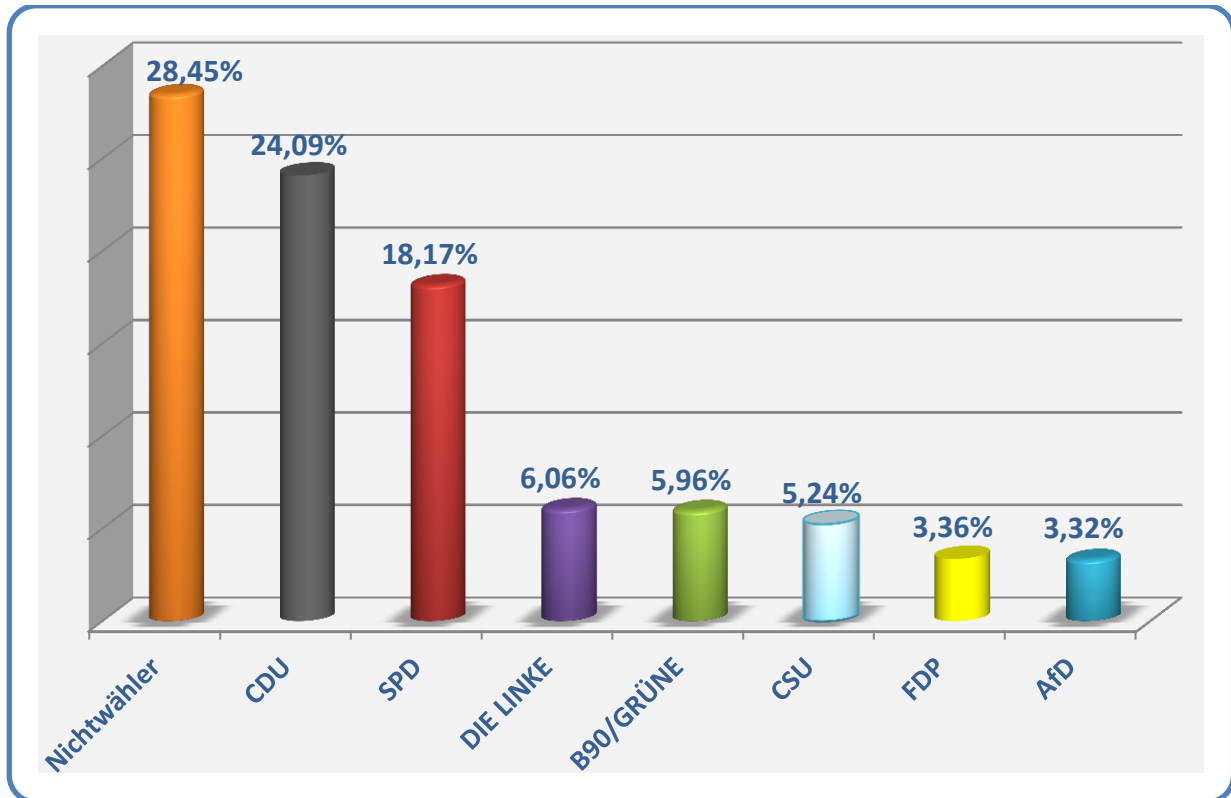
Zählt man die abgegebenen und gültigen Stimmen aller Parteien zusammen, die unter der 5-Prozentklausel liegen, kommt man sogar auf über **15 Prozent Wähler**, deren politisches Anliegen nicht gehört werden. **Sie werden ihrer Stimme beraubt**. Das betrifft immerhin **7.000.000 Bürger**.

DIE PARTEI DER NICHTWÄHLER - Wahlergebnisse, die unter den Tisch fallen

Nun wird wieder in den Medien spekuliert, „wer mit wem“ koalitiert. Dabei fallen, wie immer, viele Zahlen unter den Tisch.

Nach wie vor ist die „Partei der Nichtwähler“, also derjenigen, die stimmberechtigt waren aber nicht wählten, die „stärkste Partei“ bei der Bundestagswahl 2013.

So sähe das richtige Wahlergebnis unter Berücksichtigung der „Nichtwähler“ aus (Skizze).



Die große Koalition von **CDU/CSU und SPD** würde zusammen auf **47,50 Prozent** aller Stimmen von Wahlberechtigten kommen. Dies ist weniger als die Hälfte und errechnet sich aus 61.903.903 Wahlberechtigten sowie 29.404.535 Stimmen für die CDU/CSU und SPD. Wenn aber noch nicht einmal die Hälfte für eine solche nationale, große Regierung stimmt, **werden wir schlicht von einer Minderheit regiert.**

DIE FÜNF-PROZENT HÜRDE

Hier folgt ein Zitat aus „Deutsche Wirtschafts Nachrichten“ vom 23.09.2013:

*„(...) Die Fünf-Prozent-Hürde wurde aus der Erfahrung der **Weimarer Republik** eingeführt. (...) Nie wieder soll eine Diktatur möglich werden, weil das Parlament handlungsunfähig ist. Dieses Argument mag im historischen Kontext richtig gewesen sein.*

Doch im Jahr 2013 ist die Welt eine andere als nach 1945. Die Gesellschaft ist vielfältiger geworden. Parteien wie die Piraten und die AfD sind durch das Internet groß geworden.

Sie artikulieren Interessen, die von den etablierten Parteien nicht gesehen werden. Ihre **Anliegen sind legitim**.

Das Entstehen neuer Parteien ist ein großes Glück für die Demokratie.

Neue Parteien, die im Rahmen der Verfassung agieren, vertreten den **Wählerwillen**. Es ist ein **gefährlicher Anachronismus**, wenn diese Kräfte durch ein antiquiertes Wahlsystem von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen werden.

Dem Grundsatz der Gleichheit, also auch der Gleichwertigkeit jedes Wählers, muss auch in den Bundestagswahlen entsprochen werden. Denn **de facto** führt die Fünf-Prozent-Klausel dazu, dass das Verhältniswahlrecht in der Praxis in Deutschland heimlich in ein **Mehrheitswahlrecht** umgewandelt wird: Für die CDU/CSU hätten am Sonntag 42 Prozent zur absoluten Mehrheit gereicht.

Das ist eine **krude Logik**, die darauf hindeutet, dass das Wahlrecht reformiert werden muss. Denn in Deutschland ist – anders als in der Schweiz – nicht möglich, den Wählerwillen mit **Volksbegehren oder Volksabstimmungen** durchzusetzen.

Damit werden Millionen Deutscher von der politischen Willensbildung ausgeschlossen.

Die Mitwirkung im Bundestag hat bedeutende Vorteile für die Parteien: Sie erhalten Geld und vor allem Kontrollrechte. Sie bekommen Informationen, die sonst niemand bekommt (...).

Die grundlegenden Veränderungen, die in Europa in den kommenden Monaten anstehen, erfordern die **politische Legitimation von Gesetzen** und die wirksame **Kontrolle der Bundesregierung** (...). Drei Prozent, oder wie in Österreich vier Prozent, machen das Parlament nicht handlungsfähig. Sie tragen dem Wählerwillen Rechnung. Das ist der Sinn von Wahlen.

(...) Ist das nicht der Fall, widerspricht das dem vom Bundesverfassungsgericht geforderten Prinzip, dass die **Abgeordneten im Bundestag den Wählerwillen widerspiegeln muss**“.

Dieser Artikel darf ausdrücklich vervielfältigt und weitergegeben werden.

Dieter G. Jürgens, geb. 1950, studierte Wirtschaftswissenschaften und arbeitete viele Jahre als Personaltrainer und Coach in der Assekuranz und im Finanzsektor. Heute ist er freier Journalist.